# „Der Euro macht uns zu einer Schicksalsgemeinschaft“

## Ökonom Henrik Enderlein fordert nach der Beinahepleite der Griechen eine Insolvenzregelung für EU-Staaten

Politökonom Henrik Enderlein hat ein in diesen Tagen gefragtes Forschungsgebiet: Staatspleiten. In der Griechenland-Krise warnt er Europa vor einem Alleingang.

**WELT:** *Herr Enderlein, die europäischen Staatschefs wollen bei einer möglichen Rettungsaktion Griechenlands den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit ins Boot holen. Eine richtige Entscheidung?*

**Henrik Enderlein:** Ich war immer dafür, dass Griechenland als Erstes zum IWF gehen sollte. Hut ab vor der Bundeskanzlerin, sie hat hart gepokert und am Ende ein beachtliches Ergebnis erzielt.

*So groß scheint das Vertrauen in den IWF aber nicht zu sein. Viele Staatschefs waren dagegen.*

**Enderlein:** Was wäre die Alternative gewesen? Eine Rettung Griechenlands nur durch die EU hätte Anreize für andere Mitglieder geschaffen, sich ebenfalls früh an die EU zu wenden, anstatt die Staatsfinanzen zuhause in Ordnung zu bringen. Zudem hätte Europa signalisiert, dass die eigenen Regeln nichts wert sind. Andererseits wäre nach der langen Hängepartie um Griechenland wohl auch ein Bankrott für die EU schwächend gewesen. Der IWF ist also die beste Lösung.

*Die Liste der Misserfolge des IWF ist lang. Warum ist er geeignet, den Griechen zu helfen?*

**Enderlein:** Ich halte überhaupt nichts vom IWF, wenn es darum geht, Krisen zu verhindern. Diese Rolle soll er nach dem Willen vieler Politiker im Rahmen einer neuen Finanzmarktarchitektur ja spielen. Der IWF ist nur eine Aufaddierung nationaler Interessen. Wenn es aber darum geht, einem Land in einer Krisensituation zu helfen, ist er unübertroffen. Bei einer reinen EU-Lösung hätte Griechenland immer andere EU-Themen mit auf den Tisch legen können. Mit dem IWF ist diese Möglichkeit schwieriger.

*Könnte es Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Vorgehen geben?*

**Enderlein:** Davon gehe ich nicht aus. Der IWF macht den Prozess wasserdicht, weil die Notsituation klargestellt wird. Stellen Sie sich vor, die Bundesregierung hätte Nothilfen für Griechenland vergeben, ohne die für solche Fälle vorgesehene internationale Instanz mit einzubeziehen. Die Richter hätte das nicht überzeugt.

FOTO: GETTY IMAGES/CHRIS HONDROS

**Warten auf die Rente: Hunderte Griechen stehen vor ihrer Bank in Athen und wollen ihr Ruhegehalt abheben. Das Misstrauen gegenüber den Banken und dem mit der Pleite kämpfenden Staat sitzt tief**

*Das Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), Lorenzo Bini Smaghi, hat die Deutschen dazu aufgefordert, vors Bundesverfassungsgericht ziehen, wenn der IWF einschreitet, um ihn herauszuhalten und so die Stabilität des Euro zu garantieren.*

**Enderlein:** Ich halte nichts von Polemik und Provokation. Da fürchten wohl ein paar EZB-Ratsmitglieder, dass der IWF über die Verhandlungen mit Griechenland die Unabhängigkeit der Notenbank antasten kann. Das ist absurd. Wichtig ist: Wenn wir heute Griechenland nur über die EU retten, dann stehen morgen viele andere Länder da, die sich ebenfalls auf eine solidarische Fiskalgemeinschaft berufen. Diese Gemeinschaft gibt es aber erst, wenn Rechte und Pflichten auf europäischer Ebene verankert sind und nicht wie heute Rechte auf der nationalen Ebene, aber Pflichten auf der Europäischen.

*Haben Sie gar keine Bauchschmerzen, wenn nun Amerikaner und Chinesen über den IWF die Wirtschaftspolitik eines Eurolandes mitbestimmen?*

**Enderlein:** Nein. Die Rettungsaktion ist ja auch eine Rettung deutscher und europäischer Banken, die griechische Wertpapiere halten. Da kann es nicht schaden, wenn ein Akteur von außerhalb mit am Tisch sitzt und unangenehme Fragen stellt. Völlig ungewünschte IWF-Eingriffe wird es aber nicht geben. EU und EZB wären bei den Verhandlungen ja dabei. Ich mache mir eher um etwas anderes Sorgen.

*Das wäre?*

**Enderlein:** Merkel war ohne Zweifel erfolgreich. Deutschland darf sich innerhalb der EU nun aber nicht wie Großbritannien aufspielen und den europäischen Integrationsprozess behindern. Die Kanzlerin muss jetzt beweisen, dass sie den Integrationsprozess vorantreibt. Sie hat noch keine Ideen für eine weitere Integration veröffentlicht. Da ist Merkel in der Bringschuld.

*Was erwarten Sie, wie es nun weitergeht?*

**Enderlein:** Zunächst einmal hoffe ich nicht, dass in Portugal, Spanien oder Irland das Signal ankommt, den gleichen Weg wie Griechenland zu bestreiten. Die Europäischen Regierungen dürfen so eine Rettung nur im äußersten Notfall zulassen. Europa darf nicht zu einer Großbank verkommen.

*Wie soll in Zukunft verhindert werden, dass es überhaupt zu so einer Lage wie in Griechenland kommt?*

**Enderlein:** Es war eine Illusion zu glauben, man könne eine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Fiskalpolitik haben. Die Währung macht uns zu ihrer Schicksalsgemeinschaft. Wer nun glaubt, dieses grundlegende Problem sei mit zwei Nägeln in der Wand gelöst, der irrt. Wir brauchen eine grundlegende Renovierung des europäischen Währungsgebäudes, die die Statik stabiler macht.

*Was schlagen Sie vor?*

**Enderlein:** Wir werden schnell eine Insolvenzregelung für europäische Staaten entwickeln und eine wirkliche Wirtschafts- und Finanzunion schaffen müssen.

*Sie plädieren für eine europäische Wirtschaftsregierung, wie von den Franzosen gefordert?*

**Enderlein:** Dieser Begriff ist mir mit zu vielen Emotionen belegt und zu inhaltsleer. Die EU-Kommission muss gestärkt werden. Sie muss über eine Checkliste verfügen, in der sie nicht nur wie bisher das Defizit der Mitglieder prüft, sondern alle wirtschaftspolitischen Felder, wie die Sparquote, den Außenhandel oder den Arbeitsmarkt.

*Der Kommission ist es doch in der Vergangenheit schon nicht gelungen, die Staaten finanzpolitisch zu disziplinieren. Ausgerechnet sie soll ihre Mitgliedsstaaten noch stärker kontrollieren?*

**Enderlein:** Ja. Wichtig ist dann aber, dass die Kommission wieder eine unabhängige politische Instanz wird. Der erste Schritt wäre, dass Mitgliedsländer nicht wie bisher schlaffe Statthalter an die Spitze von EU-Institutionen schicken, sondern eher politische Sumo-Kämpfer.

*Wenn die EU-Kommission also denken sollte, Deutschland exportiert zu viel, soll sie es den Deutschen verbieten können?*

**Enderlein:** Die Kommission müsste Druck ausüben und das Thema ständig in der Öffentlichkeit halten, das reicht in vielen Fällen schon aus.

*Aber müsste sie nicht auch Interventionsmöglichkeiten haben?*

**Enderlein:** Ja. Die Mechanismen des Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen auf andere Bereiche der Wirtschaftspolitik erweitert werden. Die Kommission muss sicherstellen können, dass Europa sich in Richtung eines optimalen Währungsraums entwickelt. Das setzt aber voraus, dass nicht jedes Land tun und lassen kann, was es will, ohne auf die anderen zu schauen.

*Sie forschen seit vielen Jahren über Staatsbankrotte. Was sind Ihre zentralen Erkenntnisse bisher?*

**Enderlein:** Es fehlt auf globaler Ebene an einem Insolvenzrecht für Staaten und einer Institution, an die sich Länder wenden können, die meinen, keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu können. An dieser Stelle gibt einen rechtsleeren Raum, was große Probleme zur Folge hat. Bestes Beispiel war der überraschende Bankrott Russlands 1998. Damals wusste niemand, wie mit der Situation umzugehen war. Die Krise hat die Finanzmärkte weltweit geschwächt. Ich würde mich nicht wundern, wenn innerhalb des kommenden Jahres ein ähnlicher Fall auftreten würde.

*Was könnte man dagegen tun?*

**Enderlein:** Wir brauchen einen Gläubigerschutz, in dem ein bankrotter Staat mehr Zeit bekommt, seine Schulden zurückzuzahlen, dafür aber auch strenge Verpflichtungen eingehen muss. Der argentinische Staatsbankrott von 2001 hat gezeigt, dass die Bewältigung einer Schuldenkrise selbst nach einer IWF-Beteiligung chaotisch ablaufen kann und sich über Jahre hinzieht.

*Das Gespräch führte Martin Greive*

### Experte für Staatsbankrotte

FOTO: PRIVAT

Henrik Enderlein (35) ist einer der Jungstars unter Deutschlands Ökonomen. Studiert hat er unter anderem an der New Yorker Columbia University. Seinen Doktor machte er am Kölner Max-Planck-Institut. 2003 wurde er Juniorprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der Freien Universität Berlin. Jetzt ist er Professor für politische Ökonomie an der Hertie School of Governance, die junge Führungskräfte ausbildet. Enderlein forscht dort über Staatsbankrotte. *mgr*

## Griechenland bringt neue Staatsanleihe auf den Markt

ATHEN – Das krisengeschüttelte Griechenland will sich erneut Geld auf den internationalen Kapitalmärkten leihen. Athen gab am Montag eine weitere Staatsanleihe aus, wie die staatliche Schuldenverwaltung mitteilte. Sie hat eine Laufzeit von sieben Jahren. Wie viel Geld Athen damit einnehmen möchte, teilte die Schuldenverwaltung vorerst nicht mit.

Griechenland benötigt bis Mai rund 20 Mrd. Euro, um seine Schulden zurückzuzahlen. Athen kämpft derzeit mit einem immensen Staatsdefizit in Höhe von 12,7 Prozent. Erlaubt sind in der EU drei Prozent. Zuletzt hatte das Land Anfang März eine zehnjährige Anleihe von fünf Mrd. Euro aufgenommen.

Die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds bei möglichen Nothilfen für Griechenland ist nach Ansicht von EZB-Ratsmitglied Ewald Nowotny kein Problem. „Ich denke, dass die Vereinbarung, die gefunden worden ist, positiv ist“, sagte Nowotny vor Journalisten in Prag. „Die EZB und der IWF haben schon früher bei anderen Themen zusammengearbeitet, auch in Europa. Ich sehe kein Problem.“ Die genaue Rolle der EZB in dem Prozess müsse aber noch geklärt werden, forderte der Chef der österreichischen Notenbank.

Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich darauf geeinigt, Griechenland auch bilaterale Hilfen für den Fall zu geben, dass das Land am Kapitalmarkt nicht mehr ausreichend Geld erhält. Wenn Athen auf die Hilfen zurückgreift, würde auch der IWF eingebunden. Diese IWF-Beteiligung ist bei einigen Ratsmitgliedern der Europäischen Zentralbank (EZB) und einigen EU-Staaten auf Skepsis gestoßen. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet zeigte sich nach dem Beschluss der Vereinbarung vergangene Woche positiver und hält es für unwahrscheinlich, dass das Notfallprogramm aktiviert werden müsse. Nowotny schloss sich der Meinung Trichets nun an. *AFP/rtr*

# EU soll Wirtschaft besser koordinieren

## IWF-Direktor Strauss-Kahn fordert gemeinsames Handeln zugunsten des Euro

Von Jan Dams

WARSCHAU – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Europäische Union aufgefordert, ihre Wirtschaftspolitik besser aufeinander abzustimmen. Es sei auf Dauer nicht möglich, eine gemeinsame Währung zu haben, ohne die Wirtschaftspolitik stärker zu koordinieren, mahnte IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn an die Adresse der Europäer während einer Diskussion vor Studenten in Warschau.

„Die europäische Integration muss beschleunigt werden, nicht verlangsamt“, sagte der Franzose weiter. Das sei auch eine Lehre der griechischen Schuldenkrise. Interessant sind diese Forderungen vor allem deshalb, weil innerhalb Europas heftig darüber gestritten wurde, ob die EU den Griechen helfen solle oder der Währungsfonds. Letztlich einigte sich der Europäische Rat darauf, dass sowohl die Washingtoner Organisation als auch einzelne EU-Länder Griechenland mit Krediten unterstützen könnten.

Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte jedoch mehrfach betont, dass die Europäer allein in der Lage sein müssten, ihre Probleme zu lösen. Gegner von IWF-Hilfen betonen immer wieder, dass sie nicht Amerikaner und Chinesen, die einen großen Einfluss im Währungsfonds haben, in der EU wollen. Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen ließ ihren Finanzminister mit dieser Sicht der Dinge im Regen stehen und schloss auch ein Eingreifen des IWF nicht aus. Strauss-Kahn betonte, er könne den Europäern nicht vorschreiben, wie sie ihre Probleme zu lösen hätten. Wenn sich Griechenland als IWF-Mitglied aber entschließen sollte, den Währungsfonds um Hilfe zu bitten, dann werde der handeln. Längst seien die notwendigen Maßnahmen vorbereitet worden. Aber er hoffe, dass es soweit erst gar nicht komme.

Darüber hinaus wies Strauss-Kahn darauf hin, dass eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik nötig sei, um ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der Währungszone in den Griff zu bekommen. Anders aber als Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde lehnte er Forderungen ab, wonach Deutschland seine Exportstärke zugunsten schwächerer Euro-Länder absichtlich einschränken und stattdessen mehr konsumieren solle.

In Berlin dürften solche Aussagen mit Interesse gehört werden, nachdem Strauss-Kahn kürzlich ankündigte, er könne sich vorstellen, für das Präsidentenamt in Frankreich zu kandidieren. Allerdings sind die Wahlen erst in zwei Jahren. Bislang ist nicht klar, ob der Franzose überhaupt Chancen hat, als Kandidat nominiert zu werden. In diesem Fall müsste er das Amt des IWF-Chefs vermutlich früher niederlegen.

FOTO: AFP/RAFAL MESZKA

**IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn sprach am Montag in einer Warschauer Universität vor Studenten – und forderte, die europäische Integration voranzutreiben**

Anzeige

**Sichern Sie jetzt Ihren Führungsvorsprung!**
Die exklusive Handelsblatt Buchreihe **Führung als Erfolgsfaktor** setzt die erfolgreiche Handelsblatt Karriere- und Managementliteratur fort. Vertiefen Sie Ihr Fachwissen und entdecken Sie neue Mittel und Wege des Führens in unbeständigen Zeiten. Wählen Sie krisensicheres Wissen zum unschlagbar günstigen Paketpreis.

- **Band 1: Nutzen Sie Ihre Stärken jetzt!**
- **Band 2: Führen in schwierigen Zeiten**
- **Band 3: Mehr PEP im Team!**
- **Band 4: Handbuch Führung inkl. CD**
- **Band 5: Mythos Authentizität**
- **Band 6: Souveräne Gesprächsführung und Moderation**

**Jetzt bestellen und sparen:**
**www.handelsblatt-shop.com oder gebührenfrei unter 0800.000 20 56**

Handelsblatt
Substanz entscheidet.